

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

**Amtsblatt** der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bayreuth, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirke. . . . . Erscheint seit 1848.



**Anzeigeblatt** für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentlich. Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. . . . . Fernsprecher Nr. 22.

**Verkaufspreis:** Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung zu der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.40; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.90 ohne Zustellungsgebühr.

**Postfach-Nr.:** Amt Leipzig Nr. 21 542. — **Gemeindevorsteher:** s. sächsische Bischofswerdaer Nr. 64. Im Falle einer Erweit. — **Verlag:** s. sächsische Bischofswerdaer Nr. 64. Im Falle einer Erweit. — **Verlag:** s. sächsische Bischofswerdaer Nr. 64. Im Falle einer Erweit.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zm. 100) oder deren Raum 40 Pfg., sonstige Anzeigen 30 Pfg. Zu Teil (Zm. 100) 120 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Wöchentliche Anzeigen:** die gespaltene Zeile 70 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 288.

Freitag, den 12. Dezember 1919.

74. Jahrgang.

## Nationalversammlung.

Die am Dienstag nachmittag infolge der Ermordung unterbrochene Sitzung wird um 5 Uhr wieder eröffnet. Es kommt zu scharfen Zusammenstoßen des deutschen Abgeordneten Hugenberg mit dem Finanzminister Erzberger. In demagogischer Weise deutet Erzberger die Ausführungen Hugenburgs so, als wüßte er eine Befreiung des Ruhrgebietes. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Hugenberg zum Schluß: Ich vermahne mich dagegen, daß ich gesagt haben könnte, ich wüßte die Befreiung des Ruhrgebietes. Ich habe nur gesagt, die Politik Erzbergers würde dahin führen und dann möge er es nur selber gleich tun. Ich habe Herrn Erzberger lange für einen Landesverräter gehalten. (Erneut großer Lärm.)

### Die Sitzung am Mittwoch.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Fortsetzung der 2. Beratung des Gesetzes über das Rotopfer.

Abg. Dr. Braun-Frankh (Soz.): Die gestrigen Szenen beweisen, daß die Rechte den Mann fällen will, der mit beispielloser Energie Deutschland aus seinem finanziellen Elend retten will. Herrn Hugenburgs Angriffe waren sorgfältig vorbereitet. Herr Hugenberg, der die Beamten des Reichsministeriums betrümpelt hat, will von Korruption reden. Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck. Es ist nicht zu fürchten, daß die Entente Hand auf das Rotopfer legt. Zum Rotopfer haben wir nur wenige Änderungsanträge.

Abg. Jankel (Zentr.): Zu schonen sind bei der Anspannung des Besitzes die Familie und die werdende Arbeit. Und das ist im Gesetz geschehen.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) erklärt, daß seine Partei in der 2. Lesung für das Gesetz stimme, in der dritten sich aber ihre Stellungnahme vorbehalten werde.

Abg. Dr. Becker-Hessen (Deutsche Ap.): Der Betrag von jährlich 2,5 Milliarden durch den Besitz wäre aufzubringen durch eine laufende Abgabe von Vermögen auf Grund wiederholter Veranlagung des Reichsvermögens nach progressiv steigenden Steuersätzen und durch eine Steueranleihe, die nach der Vermögensabgabe umzuliegen ist.

Minister Erzberger: Der Weg, den der Antrag Riefer und Beder vorschlägt, ist eine sehr schwankende Brücke. Gewiß gibt es Bedenken gegen das Rotopfer; aber es gibt stärkere Gründe, die uns zwingen, diese Bedenken hintanzujagen. Wer den Gedanken der Solidarität nicht anerkennt, hat den Geist der deutschen Umwälzung überhaupt nicht begriffen. Der ungeheure Gegensatz der hohen Vermögen und der Vermögenslosigkeit ist auszugleichen. Das Rotopfer entzieht den Vermögen 2,5 Milliarden einschl. der Zinsen.

Abg. Wurm (U. Soz.): Die Anträge der Rechten gehen nur dahin, den Massen die schwersten Lasten aufzuerlegen. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß etwas zustande kommt, was uns wenigstens in etwas aus dem augenblicklichen Unglück heraushilft. Wir bewilligen keinen Pfennig, der die arbeitenden Massen belastet.

Nach weiteren Bemerkungen der Wgg. Lange (b. l. Fr.), Dr. Stresemann (Deutsche Ap.), Dr. Braun (Soz.) und Jankel (Soz.) folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Beder-Riefer auf Zurückverweisung der Vorlage an den 10. Ausschuß. Es stimmen 279 Abgeordnete ab. Der Antrag Beder-Riefer wird mit 236 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

§ 1 des Gesetzes wird nach Abänderung eines Zusatzantrages Annahme in der Kommissionsfassung angenommen. Ohne längere Aussprache wird eine Reihe von Paragrafen nach der Fassung des Ausschusses und unter Annahme einiger Änderungsanträge Dr. Jankel (Zentr.) angenommen. Bei § 5 will Abg. Gruber (Soz.) die Kirchen und ihr Vermögen unter das Rotopfer bringen. Von den Sozialisten sollen nur die den Gemeinden und Gemeindeverbänden gehörenden Einlagen abgabefrei sein.

Reichsfinanzminister Erzberger: Bezüglich der Sozialisten wäre es mir recht, wenn Sie auf Regierungsvorlage zurückkehrten. Wenn Sie aber den politischen Vereinen, Turnvereinen usw. Steuerfreiheit geben, so müssen Sie sie auch den Kirchen geben. Sonst wäre dies ein ausgesprochen antikirchlicher Akt. Ein Gesetzentwurf über die allgemeine Besteuerung der toten Hand wird demnächst fertiggestellt. Der sozialdemokratische Antrag, die Kirchen mit dem Rotopfer zu befreien, wird abgelehnt.

§ 5 wird im übrigen in der Ausschlußfassung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Bantgesetz usw. Schnellste Verabschiedung sämtlicher Steuergesetze und des Betriebsrätegesetzes.

## Die Beratung über die Antwort nach Paris.

Berlin, 11. Dezember. (B. L. Z.) Wie die parlamentarischen Nachrichten erfahren, wird die Nationalversammlung sämtliche Steuergesetze, das Reichsnotopfer einbezogen und das Betriebsrätegesetz unbedingt noch vor Weihnachten erledigen.

## Die Gemeindefaustschule.

Unterrichtsminister Dr. R. Geffert schreibt in der sächsischen demokratischen Korrespondenz: Man erwartet von dem neuen sächsischen Unterrichtsminister, daß er nun bald seine Absichten und Pläne öffentlich kundgibt. Einzelne Fragen, insbesondere die, in denen das sächsische Übergangsschulgesetz nicht mit der Reichsverfassung übereinstimmt, drängen nach Erledigung. Schon liegt von deutschnationaler Seite eine Interpellation in dieser Richtung vor. Aber andere Fragen verbreiten sich Gerüchte und Meinungen, die falsch sind, von Gegnern aber gewissenhaft ausgebreitet werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird die sein, die Parteien, aus denen sich die Regierung gebildet hat, in den Schulfragen zu einigen, ohne die Mitwirkung der übrigen Parteien auszuschließen. Bei der Beratung des Volkschulgesetzes von 1912 bildete die gesamte Linke eine einheitliche Front. Diese muß wieder herzustellen versucht werden.

Bestimmt wird die sächsische Schulpolitik einmal durch das beschlossene Übergangsschulgesetz, dann aber auch durch die Reichsverfassung und das an diese sich anschließende Reichsschulgesetz. Nach dem Grundsatz, daß Landesrecht durch Reichsrecht gebrochen wird, müssen einige Bestimmungen des Übergangsgesetzes geändert werden. Die wichtigste Frage ist die: Welcher Art sollen die sächsischen Volksschulen in Zukunft sein? Die religionsunterrichtslose (weltliche) Schule allgemein einzuführen, wie es das Übergangsschulgesetz vom 1. April 1920 ab beabsichtigte, ist nach der Reichsverfassung nicht möglich. Diese bestimmt als gesetzliche Regel die für alle Bekenntnisse gemeinsame Schule mit Religionsunterricht, der den Kindern der verschiedenen Bekenntnisse nach den Grundsätzen ihres Bekenntnisses zu erteilen ist, an dem teilzunehmen aber kein Kind gezwungen werden kann. Das ist die staatliche Gemeindefaustschule, wie sie von der Demokratie selber schon gefordert worden ist. Wird sie für Sachsen allgemein eingeführt, so haben wir den Schulfrieden. Die tatsächliche Entwicklung wird dann so sein, daß in konfessionell einheitlichen Gemeinden auch die Schule ohne weiteres im allgemeinen den Charakter der konfessionellen Einheitlichkeit tragen wird, daß in gemischten Gemeinden die Bekenntnisse sich in der Schule vertreten müssen, ihren Religionsunterricht aber getrennt erhalten. Das ist der Zustand, der sich in Baden, Hessen, Nassau, in thüringischen Staaten vorzüglich bewährt hat. Können die Parteien samt und sonders überein, auf diese Schulform sich zu einigen, so bleiben unser Lande alle Kämpfe erspart, die sonst unvermeidlich sind.

Die Verfassung läßt es nämlich zu, daß auf Antrag von Erziehungsberechtigten neben der Gemeindefaustschule auch

keine Bekenntnisschulen und „Weltanschauungsschulen“ errichtet werden. Bekenntnisschulen schließen die Kinder anderer Bekenntnisse und die Kinder von Dissidenten aus; sie sind eben nur für die Kinder eines Bekenntnisses bestimmt. Dementsprechend würden die weltlichen Schulen die Kreise ausschließen müssen, die sich keinem bestimmten kirchlichen Bekenntnisse anschließen wollen. Bekenntnisschulen und weltliche Schulen im Sinne der Verfassung sind also Schulen nur für bestimmte Teile des Volkes. Nun redet aber die Reichsverfassung außerdem von „Weltanschauungsschulen“, und es hat sich bei einigen Auslegern der Verfassung die Meinung herausgebildet, solche Schulen könnten oder müßten neben den Bekenntnisschulen und den religionslosen Schulen eingerichtet werden, wenn Vereinigungen zur Pflege eigentümlicher Weltanschauungen sich gebildet haben und dies fordern. Daß dies nicht im Sinne der Verfassung liegt, die den Artikel 146 Absatz 2 der Verfassung beschlossen haben, muß ausdrücklich betont werden; es würde ja zu einer noch weitergehenden Zersplitterung der Volksschule führen.

Was würde aber die Folge sein, wenn die politischen Parteien sich nicht auf die Gemeindefaustschule einigen? Es würde in allen sächsischen Gemeinden ein bestiger Schulkampf entbrennen. Hier und da wird er ja schon vorbereitet. Das Bild soll hier nicht weiter ausgemalt werden; man kann es sich gar nicht düfter genug vorstellen. Das Ergebnis würde das sein, daß in den großen Städten die Schule in lauter Trümmer zerfallen würde, daß in den kleineren Orten eine Wüstenheit verewaltigt werden müßte, daß in den mittleren Orten der Schulkampf verewaltigt würde. Es würde ein Zustand entstehen, der für alle Teile, für Kirche und Schule, für Gemeinde und Staat, für Familie und Volk nur Schaden bringen kann. Darum ist es die schulpolitische Aufgabe aller Einsichtigen, dies zu verhindern. Dies ist aber nur möglich, wenn man sich auf die Gemeindefaustschule für das ganze Land einigt. Und dazu gibt die Verfassung die Handhabe in Artikel 174. Nach diesem sollen die Länder, in denen die Gemeindefaustschule oder, wie er sagt, die nicht nach Bekenntnissen getrennte Schule beim Inkrafttreten der Verfassung gesetzlich bestanden hat, bei der Neuregelung durch das Reichsschulgesetz besonders berücksichtigt werden. Nach den vor kurzem in Berlin abgehaltenen Beratungen sollen diese Länder ermächtigt werden, durch Landesgesetz zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen von der in der Verfassung als Regel geforderten Gemeindefaustschule abgegangen werden dürfe. Sachsen gehört zu diesen Ländern. Entschieden sich also die Volkstammer dafür, den Artikel 174 für sich in Anspruch zu nehmen, und beschließt sie, die Gemeindefaustschule allgemein durchzuführen, wie es das Übergangsschulgesetz schon fordert — allerdings muß dann der Religionsunterricht eineinführt bleiben —, so ist die Frage auf einmal und endgültig entschieden.

Das erfordert natürlich von rechts und links ein Zugeständnis. Die Anhänger der reinen Bekenntnisschule müssen auf die Trennung der Bekenntnisse und auf die sogenannte Durchdringung der ganzen Schule mit konfessionellem Geiste verzichten. Der Verzicht mag manchem schwer antommen; er darf aber doch nicht überhastet werden; denn: 1. die Trennung ist nach der Verfassung nur in wenigen Orten möglich und zulässig (es darf ja die Schule nicht in ihrem Ausbau geschädigt werden!); es würden also die Angehörigen eines Bekenntnisses ganz verschieden behandelt. — 2. Die bekennnismäßige Durchdringung der Schule ist an sich dadurch eingeschränkt, daß die Verfassung fordert, daß die Empfindung Andersdenkender geschont werden muß. — 3. Die wichtigste Forderung, die nach dem bekennnismäßigen Religionsunterrichte, ist ja auch bei der Gemeindefaustschule gewährleistet. Die Anhänger der weltlichen Schule andererseits müssen sich damit abfinden, daß in der Schule Religionsunterricht erteilt wird. Dieses Zugeständnis ist ebenfalls nicht übertrieben schwer; denn 1. auch für die geforderte religionslose Schule kommen nur ganz wenige Orte in Betracht, so daß auch ihre Anhänger sich verschieden behandelt fühlen müßten; — 2. es ist zulässig, daß die Kinder von dem Religionsunterricht befreit werden, daß also der Zwang, den sie als drückend empfunden haben, wegfällt. Der Verzicht wird den Vertretern der Trennung der Kinder nach Bekenntnis und Weltanschauung aber dadurch erleichtert, daß keine Mischung in unberechtigter Weise bevoorzugt und daß allen die gleiche Beschränkung auferlegt wird. Sie müssen doch davor zurücktreten, das Volk noch mehr als dies jetzt schon der Fall

ander  
Mikro  
en  
umg  
mittlere  
e  
recht  
Buch  
schreibe  
de zum  
O. Kur  
erbitte  
u. Sa.  
rate  
länke  
binden  
lanitäts  
ron.  
Damen  
Franz  
den 11.  
bedarfe  
proce  
1  
arbr. 2  
haft  
zu pad  
at. U. G.  
s. Bl. ch.  
beim  
nen  
stier.

## Wichtige Bekanntmachungen. Höchstpreise für Kartoffeln.

### (Kommunalverband Baugen-Land.)

Über die gegenwärtig geltenden Höchstpreise für Kartoffeln sind vielfach Zweifel entstanden. Unter Bezugnahme auf die bisher erlassenen Bekanntmachungen werden sie deshalb hiermit erneut bekanntgegeben:

- A. Beim Verkauf an den Kommunalverband:  
10 M für den Zentner.  
(7,25 M Grundpreis, 50 % Schnelligkeitsprämie, 25 % Anfuhrprämie, 2 M besondere Schnelligkeitsprämie.)
- B. Beim Verkauf auf Landbestandestoffarten unmittelbar an den Verbraucher:  
10,25 M für den Zentner.  
(7,50 M Grundpreis, 50 % Schnelligkeitsprämie, 25 % Anfuhrprämie, 2 M besondere Schnelligkeitsprämie.)  
Wenden die Kartoffeln in Behältern bis zum Verbraucher geliefert, kommen noch 50 % Sackelgebühr hinzu.
- C. Beim Verkauf durch die Verkaufsstellen:  
13 M für das Pfund.

Baugen, am 10. Dezember 1919.

### Kommunalverband Baugen-Land. Die Amtshauptmannschaft.

## Städtische Bekanntmachungen.

Kohlenabgabe, Freitag, den 12. Dezember, an die am 24. und 25. November zuletzt belieferten.

Bischofsverda, am 11. Dezember 1919.

### Der Rat der Stadt.

(Weitere amtliche Bekanntmachungen im Beiblatt.)

Es zu zerfallen; denn wenn die eine Richtung ihre Forderung durchsetzt, so wird sofort auch die entgegengesetzte sich geltend machen. Den Schaden hat die Schule zu tragen.

Jedenfalls haben auch die Gemeinden ein großes Interesse daran, daß die Schule einheitlich bleibt; einmal um des inneren Friedens willen; dann haben sie aber auch an die Kosten zu denken. Bisher trugen die Rinderbeuten ihre Schullasten selbst, in Zukunft werden die Gemeinden sie für alle gleichmäßig zu tragen haben. Wenn sich die Schule spaltet, kann auch eine verhältnismäßig kleine Rinderbeute fordern, daß für sie ein besonderes Schulhaus gebaut, besondere Lehrmittel beschafft und Lehrkräfte bestellt werden. Das bedeutet nicht nur einen erhöhten Aufwand, sondern zugleich ein schweres Hindernis für den wünschenswerten fortschrittlichen Ausbau der Schule.

Endlich muß die Frage auch vom Standpunkt der Lehrerschaft aus betrachtet werden. Die Zerspaltung anderer Schulwesens müßte zu unerträglichen Verhältnissen für die Anstellung der Lehrer führen.

Von welcher Seite man die Sache auch ansehen mag: nur die Gemeindefürsorge gibt eine befriedigende Lösung, sofern das Wohl des Ganzen als oberste Richtschnur auch für die Schulpolitik gilt.

## Die sächsische Regierung für die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Nach einer jahrelang systematisch betriebenen Hege gegen die Landwirtschaft, die man in Bausch und Bogen des schlimmsten Nahrungsmittelwuchers beschuldigte, haben sich jetzt die regierenden Kreise endlich überzeugen müssen, daß für das Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion eine andere Preispolitik eingeschlagen werden muß. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz hat, wie wir schon mitgeteilt haben, dieser recht spät gekommenen Erkenntnis kürzlich dadurch Ausdruck gegeben, daß er betonte, daß unsere Landwirtschaft bantrakt gehen müsse, wenn nicht eine Erhöhung der Preise für ihre Erzeugnisse eintrete und er hat im besonderen in Bezug auf die Kartoffelerzeugung ausgeführt, daß der Landwirt ohne Verlust unter 15 M pro Zentner Kartoffeln nicht liefern kann. Mit dieser veränderten Stellungnahme des sächsischen Wirtschaftsministers gegenüber der Landwirtschaft wird jetzt von den Regierungsparteien ein großer Stimmensgang unter den ländlichen Wählern versucht. Man plant einen groß angelegten Bauernkongress, welche Pläne unsere Regierung in Wirklichkeit gegenüber der Landwirtschaft hegt, das hat, wie wir ebenfalls schon kurz berichteten, derselbe Wirtschaftsminister Schwarz im Befehlsausgang der Volkstammer bei der Vorbereitung des unabhängigen Antrages Epinisti auf Sozialisierung der Landwirtschaft dargelegt. Diese Stellungnahme des Wirtschaftsministers ist, wie uns heute bekannt wird, dem Befehlsausgang schriftlich fixiert zugegangen. Das Wirtschaftsministerium, geleitet von Schwarz, hat seine Stellungnahme zu dem Antrag Epinisti in folgender Form zum Ausdruck gebracht:

1. Die sächsische Regierung ist, wie sie das bisher auch bereits getan hat, grundsätzlich bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Produktion aller wichtigen Lebensmittel gesteigert wird, die Erzeugnisse an der Produktionsquelle erfasst und an die Bevölkerung gleichmäßig verteilt werden.
2. Sie betrachtet es deshalb als ihre Aufgabe, auf die Ausnutzung des Bodens und des zweckmäßigen Anbaues von Bodenfrüchten einzuwirken und die Viehhaltung zu fördern.
3. Sie verfolgt programmatisch das Ziel, den Großgrundbesitz zu vergesellschaftlichen und die landwirtschaftlichen Betriebe in Genossenschaften zusammenzufassen, um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeizuführen. Bezüglich der praktischen Durchführung dieser Aufgaben ist aber darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Übergang aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft sich nicht nur ohne wirtschaftliche Störung vollzieht, sondern, daß die an Stelle der Privatwirtschaft tretende Neuorganisation auch im Stande ist, die Produktion zu steigern.
4. Eine völlige schlagartige Beseitigung des Zwischenhandels ist praktisch unbrauchbar. Der

Ausbau der Konsumgenossenschaften, der zur allmählichen Ausschaltung des Zwischenhandels führen wird, ist nach Möglichkeit zu fördern und auf diesem Wege eine zweckmäßige Verteilung der Lebensmittel anzustreben. Eine Heranziehung der Gemeinbewirtschaftungen für diese Aufgabe erscheint künftig weder zweckmäßig noch erwünscht.

Hier ist klar und eindeutig der Beweggrund für den Umschwung in der Haltung des Wirtschaftsministeriums zu erkennen: Man will die Landwirtschaft nicht schon vor der Sozialisierung zusammenbrechen lassen. Man will die landwirtschaftlichen Betriebe, die großen wie die kleinen, in guten Wirtschaftstand bringen lassen, um erst wieder die schweren Schäden ausheilen zu lassen, die der jahrelang unter den Folgen des Krieges betriebene Raubbau an Äckern und den Ställen gebracht hat, um dann, wenn die Bauern ihre Wirtschaft durch ihre eigene harte Arbeit wieder in Takt gebracht haben, an die Sozialisierung, d. h. an die Enteignung heranzugehen. Darüber sollten sich unsere Bauern immer klar sein, wenn ihnen jetzt von ihren unverwundlichen Feinden mit scheibbarem Eingehen auf ihre Räte Sand in die Augen zu streuen versucht wird.

Die Antwort des Wirtschaftsministeriums legt aber noch eine andere Frage nahe:

Ist die programmatische Festlegung des sächsischen Wirtschaftsministeriums auf die Sozialisierung der Landwirtschaft das Bekenntnis der gesamten sächsischen Regierung?

und welche Stellung haben zu dieser Frage die beiden demokratischen, also bürgerlichen, Minister eingenommen?

## Wechsel in Vorfig des Landeskulturrates.

op. Der bisherige Vorsitzende des Landeskulturrates, Beheimerr Rat Dr. Hähnel-Kuppritz, bekanntlich auch das älteste und langjährigste Mitglied der früheren zweiten Ständekammer, hat sich aus Rücksicht auf sein hohes Alter gezwungen gesehen, eine Wiederwahl zum Vorsitzenden des Landeskulturrates, dem er seit 48 Jahren angehört, abzulehnen. Infolgedessen mußte in der Mittwochssitzung eine Neuwahl vorgenommen werden, bei der der bisherige stellvertretende Vorsitzende Wirtschaftlicher Beheimerr Rat Dr. Wehnert, Eggelsen, Direktor des landwirtschaftlichen Kreditvereins und Rittergutsbesitzer in Rebingen, zum Vorsitzenden gewählt wurde. Zu seinem Stellvertreter wurde Beheimerr Rat Dr. André-Braunsdorf gewählt. In den Ständigen Ausschuss wurde Geh. Otonomierat Steiger-Beutewitz und Vorsitzender Friedrich-Hirschfeld, als Sachkundige für das Landesgesundheitsamt Geh. Otonomierat Dr. André-Braunsdorf und Otonomierat Rittergutsbesitzer Reichel-Obertrabawade berufen.

Der neue Vorsitzende, Eggelsen Dr. Wehnert, würdigte am Schluß der Tagung die Verdienste des scheidenden Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Hähnel, der 48 Jahre dem Landeskulturrat angehört und lange Jahre den Vorfig geführt habe; er widmete ihm herzliche Worte des Dankes. Der Landeskulturrat sei in der Zeit, während ihr der scheidende Vorsitzende angehört, aus kleinen Anfängen zu einer Körperschaft emporgewachsen, die beinahe 100 Beamte umfasse. Auf einen solchen Werdegang der Körperschaft könne Geh. Rat Hähnel mit berechtigtem Stolz zurückblicken, da er an dieser Entwicklung in hervorragender Weise beteiligt gewesen sei. Kaum jemals zuvor habe jemand in solcher Weise sein Leben der sächsischen Landwirtschaft gewidmet und kaum jemals sei eine Körperschaft mit solcher Zuneigung, Treue und Liebe einem Vorsitzenden gefolgt, wie ihm. Die Aera Hähnel werde im Landeskulturrat unvergessen bleiben, solange es eine sächsische Landwirtschaft gebe. Ministerialdirektor Dr. von Hübel sprach im Auftrage des Wirtschaftsministeriums dem Scheidenden den Dank der Regierung aus.

## Neues aus aller Welt.

— Der Projekt Erzberger-Helferich. In dem Verfahren gegen Dr. Helferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers Erzberger steht nunmehr die Erhebung der öffentlichen Anklage bevor. — Endlich!

— Verhaftung des Hauptmanns von Kessel. Wie wir hören, ist noch, bevor der Staatsanwalt den Haftbefehl gegen den Hauptmann von Kessel erlassen, auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern der Hauptmann v. Kessel seiner Dienstgeschäfte enthoben worden.

— Regelmäßiger Schiffsverkehr zwischen London und Bremen. Die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo wird demnächst ihren regelmäßigen Schiffsverkehr zwischen Bremen und London wieder aufnehmen. Zunächst geht am 26. Dezember der Dampfer „Elberfeld“ von Bremen nach London.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofsverda, 11. Dezember.

— Stadtverordnetenversammlung. Zum erstenmal seit März 1915, also seit nahezu fünf Jahren, tagten die Stadtverordneten wieder im Bürgeraal, nachdem durch Verlegung der Sparkasse in das früher Reichner'sche Haus die bisherigen Sparkassenräume nunmehr für die Markenabgabe anstelle des Bürgeraales verwendet werden können. Herr Stadtverordnetenvorsitzer Mittag gedachte bei Eröffnung der Sitzung dieses Ereignisses mit kurzen Worten. Erschienen waren 16 Stadtverordnete. Die sechs ersten Punkte wurden zum Teil ohne, zum Teil nach kurzer Aussprache einstimmig genehmigt und zwar: 1. M 1200 für Instandsetzungsarbeiten im Gasanstaltswohnhaus, 2. M 4000 für Anschaffung von Gasmessern, 3. M 3500 für Einlegung eines elektrischen Kabels in die obere Bischofstraße, 4. M 1000 für 10 elektrische Straßenlampen, wie sie bereits am Eingang der Kammerstraße und an Ecke der Kirchstraße und Bischofstraße angebracht sind, 5. die Erhöhung der Leuchtenergiezuschläge von 10 auf 15 Prozent des Grobrohrdortiger Elektrizitätswerts, 6. M 1000 für eine transportable Bauarbeiterbude. Eine längere Aussprache rief Punkt 7 der Tagesordnung hervor, der mit Rücksicht auf die Wohnungsnot eine vollständige Neuherstellung des Bebauungsplanes

des Seminars für Stadelungsweide vorlag. Es handelt sich hier um witteren und kleinen Wohnungen. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß vor allem ein Mangel an Arbeiterwohnungen herrsche und daß bei dem Gelände an der Weinsdorferstraße geeigneter. Auch Herr Rämmerer Wagner trat dieser Anschauung bei. Die 2000 M. wurden schließlich genehmigt, jedoch mit der Bedingung, daß auch gleichzeitig ein Bebauungsplan für die verlängerte Dr. Lange-Straße aufgestellt werde. S. Wennfalls eine längere Aussprache verurteilte die Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Beamten und Lehrer. Die staatliche Vorlage fordert bekanntlich für die Beirateten einen Betrag von M 1000 und für jedes Kind M 200, für Bediener über 21 Jahren M 600 und für solche unter 21 Jahren M 300. Durch die neue Beschaffungsordnung haben die städtischen Beamten gesetzlichen Anspruch auf diese Beihilfe. Von den Beihilfen für die Lehrer übernimmt die Staatskasse zwei Drittel. Die Vorlage liegt nur deswegen dem Kollegium zur Beschlussfassung vor, weil auch einige schon länger beschäftigte Hilfskräfte, die die Beamteneigenschaft noch nicht haben, mit Beihilfen bedacht werden sollen. Die Sozialdemokraten machen die Bewilligung davon abhängig, daß auch die städtischen Arbeiter die gleichen Beihilfen erhalten, da auch bei ihnen die gleiche Not herrsche. Der Herr Bürgermeister erwidert, daß die städtischen Arbeiter erkläre hätten, daß sie eine Neuregelung ihres Lohnes den Beschaffungsbeihilfen vorziehen würden. Ein neuer Lohnvertrag sei in Bearbeitung und werde im Laufe der nächsten Woche dem Kollegium vorgelegt werden. Die Sozialdemokraten beantragen, die Vorlage solange zu vertagen, die jedoch von der bürgerlichen Mehrheit Annahme findet. 9. Die Verdrückung der Butterbergwirtschaft soll aus prinzipiellen Gründen zur Ausschreibung gelangen. 10. In den Wohlfahrtsauschuss wurden gewählt die Herren St. Wagner und B. auch, ferner Frau Kommerzienrat Huke, Frau Kaufmann Knechte, Frau Kaufmann Wagner und die Frau des Herrn Stadtverordneten Müller. — Die übrigen Verhandlungsgegenstände betrafen nur unbedeutende Angelegenheiten.

— Raubmord. Einem furchtbaren Verbrechen ist der Bäckermeister Rißsche hier zum Opfer gefallen. Er wurde gestern abend in der Nähe von Taubenheim ermordet aufgefunden, nachdem er sich am Dienstag abend mit dem Zuge 7.06 mit einem Unbekannten dorthin begeben hatte, um Hefe einzukaufen. Über die entsetzliche Tat erfahren wir folgendes: Am Dienstag abend gegen 1/7 Uhr erschien im Jagdrennplatz des Herrn Weizer in der Bahnhofstraße ein etwa 1.60 m großer, schmächtiger junger Bursche von kaum 20 Jahren, der zwei Zentner Hefe zum Preise von M 4.— das Pfund anbot. Die Hefe lagere in Taubenheim in der Nähe des Bahnhofes. Herr Weizer sandte zu Herrn Bäckermeister Schumann, der selbst nicht zu Hause war, doch begab sich dessen Sohn sofort in das Weizer'sche Geschäft, um wegen des Ankaufs der Hefe zu verhandeln. Die Aufforderung, mit dem 7 Uhr-Zuge mit nach Taubenheim zu fahren, lehnte Herr Schumann mit Hinweis auf die Nachtzeit ab. Er erklärte sich jedoch bereit, die Hefe am anderen Tage an Ort und Stelle zu übernehmen. Dem Unbekannten sagte jedoch dieser Vorschlag nicht zu, er wollte das Geschäft noch in der Nacht abschließen. Die Besprechung hatte bis gegen 7 Uhr gedauert, so daß Herr Weizer den Mann aufmerksam machte, daß es höchste Zeit sei, wenn er den Zug noch erreichen wolle. Auf dem Wege zum Bahnhof begab er sich jedoch zu Herrn Rißsche, der sich sofort bereit zeigte, mitzufahren und einen Betrag von 500 M mitnahm. Mit diesem schnellen Entschluß ist der Bedauernswerte in sein Schicksal gerannt, denn der Gauner hatte es nur auf die Erlangung eines größeren Geldbetrages abgesehen und war entschlossen, zu diesem Zwecke taubblütig einen Mord zu begehen. Dem Mörder ist es jedenfalls bei der Ankunft in Taubenheim gelungen, sein argloses Opfer an eine abgelegene Stelle zu locken. Nachdem Herr Rißsche, der noch mit dem 11 Uhr-Zuge abends zurück sein wollte, auch am nächsten Morgen noch nicht da war, setzte die ängstlich gewordene Frau die hiesige Polizei in Kenntnis, welche sofort in Taubenheim Nachforschungen anstellen ließ. Die Leiche wurde gestern gegen abend in der Nähe Taubenheims mit zwei Rückenstücken aufgefunden. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Heute nachmittag wird eine Gerichtskommission den Tatort besichtigen. Hoffentlich gelingt es, den Mörder ausfindig zu machen und ihn seiner gerechten Strafe entgegenzuführen. — Der Ermordete, ein Mann von etwa 35 Jahren, ist ein Gutsbesitzerssohn aus Hauswalde, und hat vor einigen Jahren die Bäckerei von Herrn Stadtrat Friedrich käuflich erworben. Er galt als ein überaus fleißiger und rühriger Geschäftsmann von klarem, bescheidenen und lebenswürdigen Wesen. Sein tragisches Schicksal erregt allgemein das tiefste Mitleid. Er hinterläßt ein Mädchen von 7 Jahren.

— Zur Sparprämienanleihe wurden in unserer Stadt 1203 000 M gezeichnet und zwar beim Bantverein Mart 736 000, bei der Bischofsverdaer Bant M 380 000 und bei der Sparkasse M 87 000.

— Sächsische Landeslotterie. In Zukunft werden wir wieder die vollständige Gewinnliste in unserem Blatte veröffentlichen. Das Ergebnis der gestrigen Ziehung finden unsere Leser bereits im heutigen Beiblatt.

Δ Seeligsstadt, 11. Dezember. Nahrungsmittelartenbelieferung. Abschnitt I wird vom 10.—13. Dezember beliefert. Die A-Karte mit 1/2 Pf. Griech (Pfd. M 3), die B-Karte mit 1/2 Pf. Erbsen (Pfd. M 1.30), die C-Karte mit 1/2 Pf. Erbsen und 1/2 Pf. Hülsen (Pfd. M 1.30), die D-Karte mit 1/2 Pf. Erbsen. In der gleichen Zeit werden die Griechzulagenmarken auf Dezember für schwächere Frauen und Kranke mit 2 Pfund Haserflocken (Pfd. M 1.70) beliefert.

Δ Demitz-Thumitz, 11. Dezember. Am Sonntag, den 30. November veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegesinvaliden und Hinterbliebenen in Beyer's Gasthof ihr erstes Stiftungsfest, das sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Kamerad Reitzner betonte in seiner Begrüßung, daß diese Veranstaltung lediglich zu Unterstützungszwecken für durch Krankheit in



# Richard Lehnigk

Kamenzer Strasse 1.

Fernsprecher 140.

Hemdenfuche

Kleiderstoffe - Seidenstoffe  
Ballstoffe

Hemdenbarchente

Blusenstoffe - Blusen  
Kostümröcke

Reiche  
Auswahl!

Damen-Wäsche  
Herren-Wäsche

Chenille-Tücher  
Chenille-Schals  
Seidene Damen-Hauben

Mäßige  
Preise!

Fell-Vorlagen  
Slickerei-Unterröcke

Kinder-  
Unterhosen

Kinderkleider  
Kindermäntel  
Kinderhauben

Herren-  
Fuller-Unterhosen

## Tanzlehr-Institut Paul Biesold

Bischofswerda Bischofsstrasse 21



### Mein Winterzirkel

für Beamte, Kaufleute u. entsprechende Damen  
beginnt **Donnerstag, den 8. Januar** im  
**Hotel „König Albert“.**

Damen 7 Uhr, Herren 1/2 9 Uhr abends.  
Dauer 3 Mon. Honorar mäßig.

Beste Referenzen.

Geschätzte Anmeldungen erbitte höflich schon jetzt  
bewirken zu wollen.

Freitag, Sonnabend 1/2 8, Sonntag 5 Uhr,  
die letzte Vorführung beginnt um 8 Uhr.

## Narren der Liebe,

nach dem Roman von Maxime Gorki. Ein ungarischer  
Film in 6 Akten mit  
**Frida Gombrozogl**  
in der Hauptrolle.  
Eintrittspreise: Sperrpl. 2 Mk., 1. Platz 1.50, 2. Platz 1.10,  
3. Platz 0.80 Mk.

## Geschäfts - Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Neukirch  
u. Umgeg zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am  
heutigen Tage als Kriegsinvalid in **Oberneukirch 207**  
(gegenüber Herrn Seilermeister Müßbach) ein

**Tabakwaren-Geschäft**  
eröffnet habe. Indem ich um freundliche Unter-  
stützung bitte, sichere ich beste Bedienung der  
mich besuchenden Kundschaft zu.

Oberneukirch, am 10. Dezember 1919.

Oswin Petschel.

## 2 Arbeiter

zum Klüpfelarbeiten und Breiterarbeiten sucht für  
sofort und dauernd **Sägewerk Belmsdorf.**

## Blumenarbeiterinnen,

auf Rosen und Blüten, erhalten gutlohnende Arbeit bei  
**Martin Arel & Co., Sebnitz.**  
Ausgabe in Müllers Gasthof, Ringenhain,  
Freitag von 9-2 Uhr.

Café Corso

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

## Grosses Künstlerkonzert

Kapelle Rüdiger.  
Eintritt frei.

Um gütigen Zuspruch bittet  
Paul Leune

Am Sonntag entschlief sanft unser lieber  
Onkel, Herr

## Adolf Heiness

Dies zeigt auf Wunsch des lieben Ent-  
schlafenen am Beerdigungstage in tiefster  
Schmerz an

im Namen aller Hinterbliebenen

Fany Heiße.

Städtische Beschneidungsmarkungen

Die Folge der beschriebenen Markungen an...

Bauhen, am 6. Dezember 1919.

Futtermittel-Verteilung.

Die Futtermittelverteilung wird infolge der...

Verteilungs-Maßstab:

Auf die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis mit Ende...

Verteilungsregelung:

I. Für gewerbliche Pferde: Die Verteilung der Futtermittel für gewerbliche Pferde...

Das Probejahr der Dolores Renoldi

Roman von Fr. Schöne. Vermerk für den Urheberrecht in Amerika.

34. Fortsetzung (Nachdruck verboten.) Mit größtem Interesse hörte Dolores dem Hauptmann zu...

1. Bei den mit der Bemannung von Kommunalver-

bandesgetreide beauftragten Mühlen. 2. Bei der Zentralverteilungsstelle in Bauhen.

Der Verkaufspreis für Futtermittel für gewerbliche Pferde

ist auf 23 Mark für den Zentner festgesetzt worden...

Der Kommunalverband macht nochmals ganz besonders

darauf aufmerksam, daß die Mühlen des Bezirkes...

Gymnasium zu Bauhen.

Das Schuljahr 1920/21 beginnt Montag, den 12. April 1920...

Sitzung des Bezirksausschusses.

Am 4. Dezember hat unter dem Vorsitz des Amtshaupt-

ner neuen Zusammensetzung stattgefunden.

Nachdem der Vorsitzende die Sitzung mit einleitenden Begrüßungsworten eröffnet worden war...

Der Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Bezirks-

ausschusses von 8 auf 10 wurde zugestimmt. Zu der vorhandenen Sitzung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden...

Frau Oberstleutnant war an seinem Ohr vorübergerauscht,

ohne daß er auch nur ein Wort daraus erfaßt. „Verzeihung, Gnädigste!“

„Bedauere ich! Doch ich kann nicht helfen!“

Frau Fränze erhob sich rasch, worauf Bruchhoff gleichfalls aufstand, dicht drängte sie sich an ihn.

17. Kapitel.

„Sie hören mir ja gar nicht zu, Bruchhoff! Woran denken Sie denn?“

10.

le

en

ends 8 Uhr

OLZER

ilger.

bittet

aul Leune

r lieber

SS

3.

nd stant

Landeslotteriensteuer in der Gemeinde Oberneulirch...

Ein einer zu gründenden G. m. b. H. für Kraftwagen...

Die Wiedereinführung von Jahrmärkten in der Gemeinde...

Erledigung fanden daneben eine Anzahl von Schan...

An Dismissionsanträgen wurden genehmigt: die Besu...

Schließlich wurde eine Reihe von Nachträgen zu Orts...

Aus Sachsen.

Dresden, 11. Dezember. Im Sachsenwert in Nieder...

Pirna, 11. Dezember. Folgen des Kohlenmangels. Die...

Leipzig, 11. Dezember. Neue Bodenschätze in Sachsen...

Zwickau, 11. Dezember. Die Zwickauer Bergarbeiter...

Aus dem Gerichtssaal.

\* Strafkammer Bautzen. Wegen Einbruch in das Pul...

\* Schwurgericht Bautzen. Freigesprochen wurde die...

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Herberichs...

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffahrts-Nachrichten...

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis: Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen)...

126 ab 150000 Abonnenten

den Frieda Ziehung aus Weisig so schwere Brandwunden...

Neues aus aller Welt.

— Spiel der Valuta. Man schreibt der „Post“, Jg.:...

— Gefährnis eines Mörders. Aus Götting wird gemel...

— Ein ganz neuer Trick. Aus Hannover wird gemel...

1. Klasse 176. Sächsl. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinn steht, sind mit 1.00 Mark gezogen...

1. Ziehungstag am 10. Dezember 1913.

00000 Nr. 61421 Ernst Wagner, Altona 1. St.

00000 Nr. 61137 Friedrich Otto Hartmann, Chemnitz 1. St.

Table of lottery numbers and winners for the 1st class of the 176th Saxon State Lottery.

Hinter Söllau verlor die... die... unter dem Vorwande...

— Unterbringung einer... Die langjährige ehemalige...

— Seltene Ehe. Seltene Ehen werden noch heute in Indien...

— Die Apostel der Menschlichkeit. Von einem baltischen...

— Bilder für Blinde. Den Blinden, deren Zahl durch den Krieg...

Table of lottery numbers and winners for the 2nd class of the 176th Saxon State Lottery.

Die... nach dem... 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.